



DIE GRÜNE WELLE

SCHWAPPT NACH BERN

INHALT

RÜCKBLICK WAHLEN	2-3
KANTONALE ABSTIMMUNGEN	4-6
NATIONALE ABSTIMMUNGEN	7
GRÜNE STADT ZÜRICH	8-9
GRÜNE WINTERTHUR	10-11
AUS DER REGION	11-14
JUNGE GRÜNE	15
AGENDA	16

Redaktion und Verlag

Grüne Kanton Zürich
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich
044 440 75 50
www.gruene-zh.ch
sekretariat@gruene-zh.ch
IBAN CH09 0900 0000 8002 6744 4

Liebe Grüne

Eingetroffen ist, was wir alle nicht zu hoffen gewagt haben: Nach dem riesigen Erfolg der kantonalen Wahlen ist es uns gelungen, bei den nationalen Wahlen daran anzuknüpfen. Wir konnten nicht nur genau so zulegen, sondern unseren Wähler*innenanteil im Kanton Zürich mehr als verdoppeln. Neu dürfen wir also fünf statt zwei Nationalrät*innen nach Bern schicken. An dieser Stelle sei meinen Mitstreiter*innen Balthasar Glättli, Bastien Girod, Katharina Prelicz-Huber und Meret Schneider ganz herzlich gedankt für den engagierten Wahlkampf. Ich freue mich, zusammen mit einer so starken Zürcher Delegation die Grüne Stimme im Nationalrat zu stärken.

Aber nicht nur unsere Nationalratsdelegation wurde gestärkt, sondern auch unsere Partei. Seit Jahresbeginn durften wir hunderte neue Mitglieder begrüßen. An dieser Stelle nochmals ein herzliches Willkommen. Ich freue mich darauf, Euch bald alle persönlich kennenlernen zu dürfen! Zusammen mit Euch werden wir

in den kommenden Jahren am Parteaufbau arbeiten. Die Präsenz auszubauen, in der Stadt und auf dem Land, das muss unser Ziel sein. Wir sind offen für Eure Ideen und Euer Engagement – bringt Euch ein und arbeitet mit!

Es stehen grosse Geschäfte an: Mit dem neuen CO2-Gesetz müssen wir den Fahrplan der Schweiz in Richtung Netto 0 bis 2030 schreiben – und werden die anderen Parteien an ihren Versprechungen im Wahlkampf messen. Mit der Biodiversitätsinitiative kommt auch das Thema Artenvielfalt aufs Tapet und wir hoffen, dass die neuen Mehrheiten hier Pflöcke einschlagen können. Aber es sind nicht nur die Umweltthemen, die anstehen. Wir werden auch einen neuen Anlauf für den Generationenvertrag nehmen.

Ich freue mich sehr auf die Arbeit in Bern. Es ist mir eine grosse Ehre, den Kanton Zürich vertreten zu dürfen – und Euch eine Stimme in Bern zu geben.

■ **Marionna Schlatter,**
Präsidentin Grüne Kanton Zürich

LIEBE LESERINNEN

Das Wahljahr 2019 war für uns GRÜNE aussergewöhnlich. Nach den Kantonsratswahlen im Frühling erlebten wir auch bei den nationalen Wahlen im Herbst einen regelrechten Grünrutsch. Noch nie war Bundesbern Grüner. Auf den Seiten 2-3 wollen wir kurz nochmals auf diese historischen Wahlen zurückblicken.

Nach den Wahlen ist vor den Abstimmungen. Am 9. Februar 2020 kommen bereits wieder einige wichtige kantonale und nationale Vorlagen zur Abstimmung (Seiten 4-7). Im Kanton geht es für uns GRÜNE insbesondere darum, das milliardenschwere Rosengarten-Projekt zu bodigen.

Den Schwung aus dem erfolgreichen Wahljahr wollen wir nutzen, um auch die nächsten Jahre zu Grünen Jahren zu machen. Die Grüne Bewegung ist in den letzten Monaten sehr stark gewachsen. Gemeinsam können wir es schaffen, auf allen politischen Ebenen den Druck nochmals zu erhöhen – für einen echten Wandel. In den gestärkten Parlamentsfraktionen, in den Gemeindeversammlungen oder auf der Strasse. Packen wir es an!

■ Steven Goldbach, Geschäftsführer a.i. Grüne Kanton Zürich

> publikation@gruene-zh.ch

IMPRESSUM

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 2900 Ex. Redaktion & Layout: Steven Goldbach. Korrektorat: Beat Hess, Ulla Blume. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Marionna Schlatter, Esther Guyer, Jasmin Pokerschnig, Gabi Petri, Katharina Prelicz-Huber, Silvia Rigoni, Gabi Kisker, Markus Kunz, Res Marti, Elena Marti, Reto Diener, Sophie Kreuzberg, Röbi Brunner, Lilian Hurschler, Claudia Forni, Reto Planta, Marianne Oswald, Anika Brunner. Bildnachweise: S. 1: Peter H. Rüegg, S. 2: Peter H. Rüegg, S. 3: David Galeuchet, S. 4: Lampart/Schüpbach: Verteilungsbericht 2018, SGB, S. 5: Thomas8047, flickr.com, S. 6: VCS Zürich, S. 8: Stadt Zürich, S. 9: shutterstock, S. 10: SBB, S. 11: Reto Diener und Stadt Winterthur, S. 12: Lilian Hurschler, S. 13: Jan Schweizer, j5studio, S. 14: bit.it/photocase.de und Mitsch Kaufmann. Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO₂-neutral und auf FSC-Papier gedruckt: FSC C010121.

NATIONALE WAHLEN**HISTORISCHER GRÜNRUTSCH**

Der Wahlabend vom 20. Oktober 2019 geht in die Geschichte ein. Im Kanton Zürich haben die GRÜNEN ihren Wähler*innenstimmenanteil mehr als verdoppelt und avancierten zur drittstärksten Kraft. Erstmals schicken die Grünen Zürich fünf Nationalrät*innen nach Bundesbern.

Nationalratswahlen

Mit dem Gewinn von schweizweit 17 zusätzlichen Sitzen im Nationalrat und 4 zusätzlichen Sitzen im Ständerat haben die GRÜNEN bei den eidgenössischen Wahlen 2019 ein sensationelles Resultat erzielt.

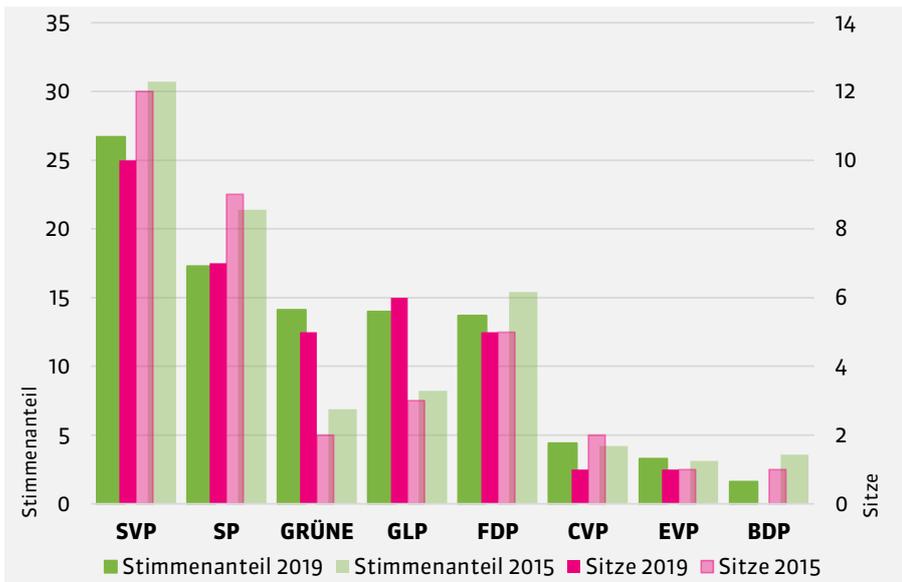
Im Kanton Zürich konnten wir nach den erfolgreichen kantonalen Wahlen im Frühjahr den positiven Trend fortsetzen und so massgeblich zum nationalen Erfolg beitragen. Mit einem Wähler*innenstimmenanteil von 14.1% sind wir neu im Kanton drittstärkste Partei. Wie bei vergangenen Wahlen zählen die grossen Städte Zürich (20,4%) und Winterthur (17,8%) zu den Grünen Hochburgen. Aber auch in mittleren und kleineren Gemeinden wie Wetzikon, Wald, Pfäffikon oder Rifferswil konnten wir Rekordresultate erzielen und wurden sensationell zweitstärkste Partei. Bei den Auslandschweizer*innen sind wir mit einem Wähler*innenstimmenanteil

von 22,4% sogar die mit Abstand stärkste Partei.

Auch die Unterlisten haben uns zusätzliche Stimmen beschert. Während die Liste «Migrant*innen und Second@s» im Vergleich zu 2015 zwar leicht Stimmen einbüsste, konnten die Jungen Grünen mit ihrer Liste «Junge Grüne – Klima vor Profit» massiv zulegen. Mit 1,33% erreichten sie das beste Resultat, das eine Jungpartei und Unterliste jemals im Kanton Zürich erzielt hat und waren mit ihrem Stimmenanteil nicht mehr weit von etablierten Parteien wie BDP oder AL entfernt.

Was waren die Gründe für den herausragenden Wahlerfolg? Als langjähriger glaubwürdiger und kompetenter Akteur im Klimaschutz konnten wir GRÜNE sicher am stärksten von der aktuellen Themenkonjunktur profitieren. Zugleich konnten wir fast im gesamten Kanton eine engagierte Wahlkampagne hinlegen.





Ob Standaktion am Herbstmärt, Repair-Cafe, Townhall-Meeting oder die Lancierung lokaler Initiativen – die Grüne Bewegung war bunt, laut und in der Breite präsent. An dieser Stelle sei allen Unterstützer*innen, Kandidierenden, Wahlkämpfenden und dem Grünen Wahlkampfteam im Sekretariat herzlich gedankt.

Ständeratswahlen

Mit Zufriedenheit können wir auf das Abschneiden von Marionna Schlatter im Ständeratswahlkampf blicken. Auch wenn es für den Sitzgewinn nicht ganz gereicht hat: Nach einem starken Resultat im ersten Wahlgang konnte

Marionna dank einer breiten Unterstützung mit 116'600 Stimmen gegen einen bisherigen Ständerat das beste Resultat einer Grünen Ständeratskandidatin im Kanton Zürich erreichen. Vielen Dank für deinen grossen Einsatz, Marionna.

Jetzt geht es erst richtig los

Der riesige Wahlerfolg ist ein Auftrag an uns GRÜNE, unsere Rolle als Taktgeber*innen für eine nachhaltige und solidarische Politik noch stärker als zuvor wahrzunehmen. Auf geht's!

■ Steven Goldbach, Geschäftsführer a.i. Grüne Kanton Zürich



GRÜNKOHL JAHRESRÜCKBLICK

Sti-hi-Ile Nacht, heilige Nacht,
Wahl gewinnt,
wer was macht,
gen den gföhrlichen Gle-hetscher-Schwund
und den Fleischfrass (der eh nicht gesund),
grüne Retter* sind da-haa,
grü-hü-ne Retter sind da!

Sti-hi-Ile Nacht, Frau'n an die Macht,
Frauenstreik -
eine Pracht,
und das hat ja dann einge-he-schenkt:
WählerInnen sind umge-he-schwenkt,
Gleichberechtigung jaa-ha,
Glei-heichberechtigung jaa!

Sti-hi-Ile Nacht, auf ihrer Yacht,
reist die Gret'
und gibt acht,
dass das Klima nicht no-hoch mehr streikt
und die Jugend dazu nicht mehr schweikt,
Klimajugend hurraa-ha,
Kli-himajugend hurra!

Sti-hi-Ile Nacht, eilige Nacht,
Scheissverkehr
Lärm nur macht,
drum muss Zü-hürich autofrei sein,
Rosen sollen im Garten nur sein. Schlaf in
himmlischer Ru-huu,
schla-haf in himmlischer Ruh!

Sti-hi-Ile Nacht, eisige Nacht,
alles schläft,
einsam wacht
der Securitas ohne Verstand,
plagt die Flüchtenden im ganzen Land.
Schiesset das BAZ auf den Ma-hars,
schiesset das BAZ auf den Mars!

Sti-hi-Ile Nacht, heilige Nacht!
Gutes Jahr!
GrüneR lacht.
Durch der Engel Halleleluja,
Tönt es lau-haut von ferne und nah:
Soll auch weiter so ge-hen!
Ja, ja, soll immer so gehn!

■ G. Kohl

*politisch nicht korrekt, aber im Versmass!

JA ZUR ENTLASTUNGSINITIATIVE

In den letzten Jahrzehnten wurden laufend Steuerprivilegien für die reichsten Prozente geschaffen. Die Entlastungsinitiative der JUSO will das Steuersystem fairer gestalten.

Die Entlastungsinitiative ist eine kantonale Volksinitiative der JUSO. Sie verlangt eine Anpassung des Steuergesetzes (Gesetzesinitiative). Sie kommt am 9. Februar ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung. Kantonsrat und Regierungsrat empfehlen sie zur Ablehnung.

Das will die Entlastungsinitiative:

- Den Freibetrag anheben auf das Existenzminimum von rund 20'000 Franken. So sollen Menschen, welche unter dem Existenzminimum leben steuerlich entlastet werden.
- Profitieren von der Entlastung sollen alle steuerbaren Einkommen bis rund 95'000 Franken, d.h. bis zu einem Bruttoeinkommen von rund 130'000 Franken. Das sind rund 90% der Bevölkerung im Kanton Zürich.
- Als Ausgleich werden eine neue Progressionsstufe eingeführt und die Steuersätze der höchsten Stufen erhöht (von 13 auf bis zu 17%).
- Mit diesen zwei neuen Progressionsstufen sinkt der Steuerertrag des Kantons nicht. Die Initiant*innen rechnen

sogar mit einem kleinen Überschuss.

Steuergerechtigkeit ist ein Thema

Die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform hat gezeigt: Verteilungsgerechtigkeit ist ein Thema, und die Bevölkerung besitzt ein Sensorium dafür. In Zeiten, in denen Wohnkosten und Krankenkassenprämien steigen, werden Steuergeschenke für Reiche nicht mehr einfach akzeptiert. Die Steuerprogression ist aufgrund von Gebühren und Krankenkassenprämien gering, wie eine Studie des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zeigt (siehe Grafik).

Unsere Fraktion im Kantonsrat hat die Initiative in der Kommission zwar abgelehnt, bei der Schlussabstimmung aber Stimmfreigabe beschlossen. Es gab verschiedene Gründe für die mangelnde Zustimmung im Kantonsrat. Hauptgrund war, dass die Grünen im Kanton eine Steuerpolitik der «ruhigen Hand» verfolgen und weder die JUSO-Initiative noch die Initiative der Jungfreisinnigen zur Abschaffung der

höchsten Progressionsstufe unterstützen wollten. Zudem führe die Initiative dazu, dass Gemeinden mit hohem Steuereinkommen reicher werden, solche mit wenig Steuereinkommen ärmer. Nicht zuletzt heizt die Initiative den Steuerwettbewerb unter den Kantonen an, was nicht im Sinne der grünen Steuerpolitik ist.

Fadenscheinige Argumente des Regierungsrates

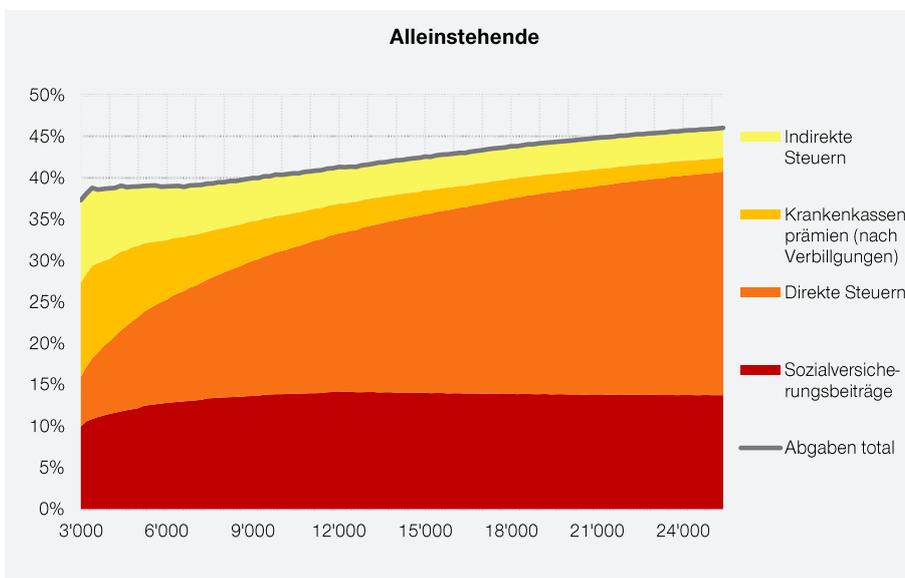
Der Regierungsrat lehnt die Initiative ab. Er kritisiert unter anderem, dass eine derartige Erhöhung bei den im Kanton Zürich schon heute vergleichsweise stark besteuerten Personen mit sehr hohen Einkommen auch eine dynamische Wirkung hätte. Sie würde zu einer Abwanderung und einem Rückgang bei Zuzügen von solchen Personen führen. Dieses Argument bleibt aber etwas fragwürdig. So hat sich durch die Abschaffung der Pauschalbesteuerung der Steuerertrag nicht, wie von Rechts prophezeit, verringert. Die Wahl des Wohnorts ist nur bedingt abhängig von der Steuerrechnung, hier spielen andere Faktoren eine wichtigere Rolle.

Die Mitgliederversammlung hat entschieden, die Initiative der JUSO zu unterstützen. Auch wenn sie vielleicht technisch nicht eine ideale Lösung bietet (besser wäre z.B. eine Erbschaftsteuer), so ist sie im Kern doch eine Initiative, welche die Steuergerechtigkeit thematisiert und fördert und darum unterstützenswert ist.

Weitere Informationen:

<https://entlastung-jetzt.ch/>

■ **Marionna Schlatter**
Präsidentin Grüne Kanton Zürich und
Nationalrätin



PERSONENVERKEHR MIT TAXIS UND LIMOUSINEN

TAXIGESETZ



Bisher wurde das Taxiwesen von den Gemeinden geregelt. Sie halten sich an die Bundesgesetzgebung zum berufsmässigen Personentransport, zum Arbeitsrecht und zum Motorfahrzeugrecht.

Ein Vorstoss im Kantonsrat verlangte eine neue kantonale Regulierung für einen freien Marktzugang gemäss Binnenmarktgesetz, das innerkantonale Diskriminierungen unterbindet.

Neu regelt das kantonale Taxigesetz die grenzüberschreitenden Dienstleis-

tungen und die Anerkennung nicht zürcherischer Fähigkeitsausweise. Anbieter mit einer ausserkantonalen Bewilligung dürfen jetzt auf der Rückfahrt neue Fahrgäste mit einem Zielort ausserhalb des Kantons aufnehmen oder auf Bestellung hin Fahrten zu einem beliebigen Zielort durchführen. Der Wettbewerb unter den Anbietern wird damit wohl befeuert, dafür könnten Leerfahrten eher vermieden werden.

Ohne Not hat die Mehrheit das Gesetz auf Limousinen und Fahrvermittlungs-

dienste ausgeweitet. Man wollte das Problem «Uber POP» mit unbewilligten und aus Sicht der Polizei unkontrollierbaren Mehrfahrten und prekären Arbeitsbedingungen lösen. Aber «Uber POP» wird heute nicht mehr angeboten. Bei neuen Anbietern wie z.B. «Uber X» und «Uber Black» können die Fahrten und Standorte mit einfachen Apps überprüft werden. Die Digitalisierung und weitere Innovationen verändern den Markt der Personenbeförderung in rasantem Tempo. Der Bund regelt alles, was zu regeln ist. Das neue Taxigesetz verbessert nicht die prekären Arbeitsbedingungen der Fahrerinnen und Fahrer, die Qualität für die Fahrgäste oder die Umweltverträglichkeit der Taxifahrzeuge. Die Grüne Fraktion hat das Referendum nicht unterstützt, findet das Gesetz aber verzichtbar und kann mit einer Stimmfreigabe gut leben.

■ Esther Guyer, Fraktionspräsidentin

NEIN ZUR MITTELSTANDSINITIATIVE

Der Titel «Mittelstandsinitiative» ist cleveres Politmarketing. Denn die Initiative würde Menschen mit mittleren Einkommen nicht helfen, sondern das Gegenteil bewirken.

Die Initiative will eine Senkung der Progression: Die bestehende höchste Progressionsstufe von 13% würde entfallen, neu würde die höchste Progressionsstufe von 12% im Grundtarif für Alleinstehende nicht mehr ab Fr. 188'700, sondern erst ab Fr. 197'600 eintreten. Zudem soll die Einkommenssteuer für alle gesenkt werden. Ein Beispiel: Bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 60'000 werden Fr. 679 und bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 500'000 werden Fr. 7'193 weniger Steuern bezahlt. Je höher

das Einkommen, desto grösser die Steuerersparnis.

Das kantonale Steueramt schätzt die Ausfälle bei einem Ja zur Initiative auf rund Fr. 350 Millionen. Das entspricht 5 bis 6 Steuerprozenten. Auch die Gemeinden müssten beträchtliche Steuerausfälle verkraften, zwischen rund 7% bis 13%. Mit der Umsetzung der Steuervorlage 17 stehen zusätzlich weitere Ausfälle im 3-stelligen Millionenbereich an.

Steuerausfälle in dieser Höhe sind nicht ohne spürbare Einschnitte zu bewältigen. Die notwendigen Ausgaben zum Klima- und Naturschutz wären in Frage gestellt, bei der Prämienverbilligung würde zuerst gespart. Von wei-

teren Sparmassnahmen bei Bildung, Gesundheit und dem Personal wäre auszugehen.

Wenn für Leute mit mittleren Einkommen etwas getan werden soll, dann sollen die bürgerlichen Parteien mithelfen, dass wir auch auf dem Land genügend bezahlbare ausserfamiliäre Kinderbetreuung haben, dass die Wohnungsmiete nicht mehr als 20% vom Einkommen wegfrisst und die Krankenkassenprämien höchstens 10% des Einkommens betragen. Steuerausfälle im Umfang, wie sie die Initiative verlangt, sind unverantwortlich. Die richtige Antwort auf die Mittelstandsinitiative ist deshalb: Nein.

■ Jasmin Pokerschnig, Kantonsrätin

1,1 MILLIARDEN FRANKEN VERLOCHEN?

NEIN ZUM ROSENGARTEN-UNSINN!

Mehr Verkehr?

Der Kanton plant einen gigantischen Tunnel mitten in Zürich, mitten im Wohnquartier. Für 1,1 Milliarden Franken wird aber lediglich eine Strecke von gerade einmal 700 m Länge beruhigt, die nachfolgenden Strassen bleiben immer noch mit gleich viel oder mehr Verkehr belastet. Für die monumentalen Tunnelportale am Rosengarten und am Bucheggplatz werden rücksichtslos Häuser abgerissen, unverzichtbare Baumalleen gefällt, wertvolle Parkanlagen und Grünräume verkleinert – ein Stück Stadt zerstört. Eine riesige Dauerbaustelle über rund ein Jahrzehnt belästigt und stört. Die Folgen für die Wohnquartiere sind nicht zumutbar.

Steuergeld verlochen?

Der Zürcher Regierungsrat spekuliert damit, dass sich der Bund finanziell am Rosengartenprojekt beteiligen wird. Doch das zuständige Bundesamt beurteilt das Projekt als ungenügend und kritisiert insbesondere das schlechte Kosten-Nutzen-Verhältnis. Ob jemals Bundesgeld für diesen Strassenausbau fliessen wird, ist somit völlig ungewiss. Gut möglich, dass die exorbitanten Kosten allein am Kanton Zürich hängen bleiben. Trotzdem soll die Stimmbürger*innen jetzt die Verantwortung für dieses unausgereifte Projekt mit sehr hohen Kosten übernehmen.

Mehr Klimaschaden?

Die projektierte Stadtautobahn wider-

spricht allen klimapolitischen Zielen von Stadt und Kanton Zürich zur Reduktion von CO₂-Emissionen. Mit diesem Projekt werden die Hitze und die Tropennächte in der Stadt Zürich noch einmal zunehmen. Deshalb lehnt der Gemeinderat der Stadt Zürich dieses klimaschädliche Projekt ab. Auch der Zürcher Stadtrat schreibt: «Der Tunnel bringt trotz hohen Investitionskosten (...) keinen nennenswerten Mehrwert zur Erreichung der Klimaziele, da die Menge des motorisierten Individualverkehrs nicht abnimmt.»

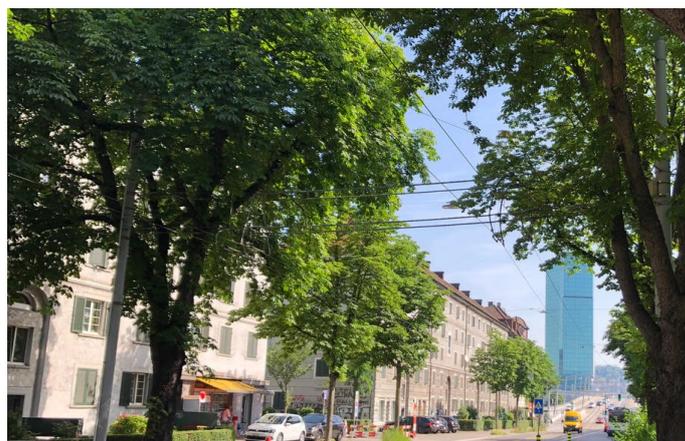
Weitere Informationen:

www.rosengarten-nein.ch

■ Gabi Petri, Kantonsrätin Zürich 4/5, Geschäftsführerin VCS, Sektion Zürich



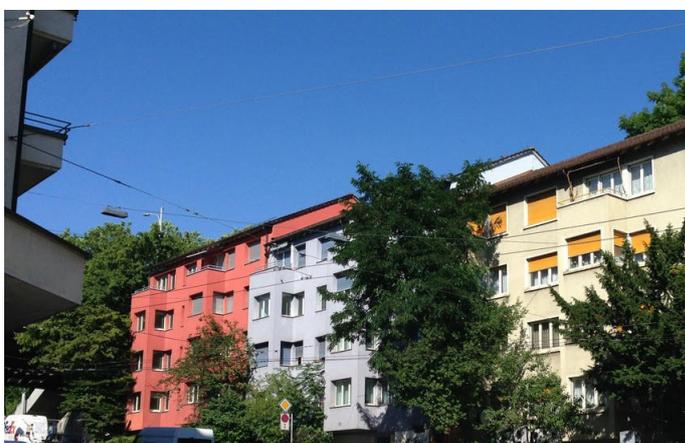
Das geplante Tunnelportal am Rosengarten



Hardstrasse: Alle wertvollen Alleebäume werden gefällt



Röschibachplatz: Das gut besuchte Zentrum von Wipkingen wird während vieler Jahre vom Umleitungsverkehr mitten über den Quartierplatz belastet



Rosengartenstrasse: Diese Häuser werden für das Tunnelportal abgerissen

ANTIRASSISMUS STRAF NORM

Die längst fällige Erweiterung der Antirassismus-Strafnorm (Art. 261 bis) um die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung unterstützten im Parlament ausser der SVP alle Parteien. EDU und Jung-SVP ergriffen das Referendum.

Diskriminierung aufgrund der Lebensform ist verboten, nicht aber der Aufruf zu Hass wegen der sexuellen Orientierung. Dass homophobe Äusserungen nicht strafrechtlich belangt werden können, ist inakzeptabel. Mehrere Länder haben ihre Gesetze angepasst. Auch die Schweiz muss handeln!

LGBTIQ-Menschen werden täglich Opfer von Hass und Diskriminierung. Physische und verbale Gewalt und Belästigung führen zu viel Leid; die Selbstmordrate ist hoch. Ehrverletzungsklagen sind oft erfolglos und ein Verbandsklagerecht gibt es nicht. Verstösse gegen das Antirassismusgesetz sind aber Offizialdelikte – da besteht eine grobe Ungleichbehandlung und eine faktische Genehmigung von Homophobie.

Die Gesetzesänderung lässt Homophobie nicht verschwinden. Es braucht weiterhin viel Sensibilisierung. Die Anpassung würde sie aber in Schranken weisen und ein starkes Zeichen setzen, dass homophobe Handlungen und Äusserungen nicht toleriert werden.

Die Verteidigung der Grundrechte, der Minderheitenschutz und das Recht auf Andersartigkeit sind Kernanliegen der GRÜNEN. JA zur Erweiterung der Antirassismus-Strafnorm!

■ Katharina Prelicz-Huber, National- und Gemeinderätin

JA ZU MEHR

BEZAHLBAREN WOHNUNGEN

Wie Nahrung, Wasser, Kleidung und saubere Luft gehört auch das Wohnen zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Daher muss die Politik dafür sorgen, dass allen Menschen angemessener Wohnraum zu tragbaren Bedingungen zur Verfügung steht.

Renditehunger wird teuer bezahlt

Die Entwicklung der Besitzverhältnisse auf dem Wohnungsmarkt ist besorgniserregend. Immer mehr Wohnungen gehören renditehungrigen Institutionen wie Versicherungen, Banken und Fonds. Die Ausrichtung auf den maximalen Profit müssen die Mieterinnen und Mieter teuer bezahlen. So sind die Mietkosten seit 2005 um 18 % gestiegen - viel stärker als die Löhne und Renten - und sind nun der grösste Ausgabeposten in einem Haushalt.

10% der Spekulation entziehen

Mit dieser Initiative soll der Bau von gemeinnützigen Wohnungen gefördert werden. Mindestens 10% der neugebauten Wohnungen sollen der Spekulation entzogen und so bezahlbar werden. Wohnungen, die heute in öffentlicher Hand sind, sollen das möglichst auch bleiben. Ein gegenseitiges Vorkaufsrecht zwischen Gemeinden

und Kantonen soll die Privatisierung erschweren.

Energetische Sanierung ohne Mietzinsexplosion

Energetische Wohnungssanierungen sind dringend nötig. 26% der Treibhausgasemissionen werden durch Gebäude verursacht. Diese Kosten dürfen aber nicht einfach auf die Miete überwälzt werden. Die Initiative verlangt, dass energetische Sanierung nicht zum Verlust von preisgünstigem Wohnraum führen darf. Öffentliche Fördergeldern und an diese gekoppelte Mietzinskontrollen machen die Verbindung von ökologischem und bezahlbarem Wohnen möglich.

Ein Ja am 9. Februar 2020 ist wegweisend für die Schweizer Wohnbaupolitik!

■ Silvia Rigoni, Kantonsrätin, Vizepräsidentin Mieterinnen- und Mieterverband Kanton Zürich

Ja zu mehr bezahlbaren Wohnungen.

werde jetzt aktiv!

www.bezahlbare-wohnungen.ch

NICHT OHNE KLIMAAANPASSUNG

Die von Bund und Kanton geforderte Verdichtung ist über die grossen Reserven in der Bau- und Zonenordnung 2016 rein räumlich verkräftbar. Bedenklich ist, dass der kommunale Richtplan die Auswirkungen der Klimaveränderung, welche auch ohne zusätzliche Verdichtung nach Anpassungsmassnahmen ruft, kaum gewichtet.

Stadt drohen extreme Verhältnisse

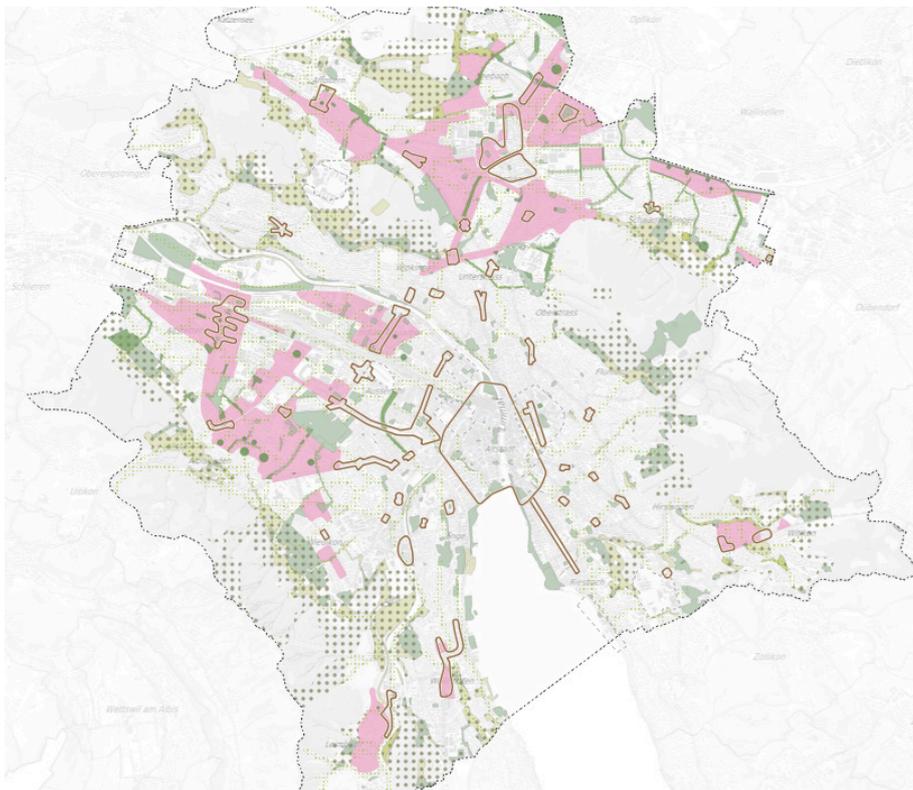
Die Klimakarte des Kantons zeigt, ohne Berücksichtigung der vorgesehenen Verdichtung, dass mehr als die Hälfte der Stadt viel mehr Tropennächte zu erwarten hat. Es wird von 40% mehr Starkregenmengen ausgegangen und vermehrt auch mit Überschwemmungen gerechnet. Insbesondere in Gebieten mit schlechter Durchlüftung und fehlendem Grünraum werden in naher Zukunft prekäre Verhältnisse herrschen. Tatsachen, die in einer vorausschauenden Stadtplanung berücksichtigt werden müssten. Die einäugige Fokussierung auf Verdichtungsziele lässt Wohl und Gesundheit der Bevölkerung ausser Acht und verfehlt das übergeordnete Ziel einer dichten, aber lebenswerten Stadt.

Klimaveränderung mitberücksichtigen

Noch besteht ein Zeitfenster, um eine nachhaltige blau-grüne Infrastruktur aufzubauen. Schwammstadtstrukturen, Entsiegelungen, Bäume und Grünräume adäquat zu vorgesehenen Dichten einzufordern und entsprechende Instrumente auf der Richtplanebene zu implementieren.

Wir verlangen jetzt eine Städteplanung, die Antworten findet auf die Klimaveränderung und, neben der Reduktion des CO₂-Ausstosses, auch planerische Vorsorge trifft, um Klimaanpassungen zu ermöglichen.

■ Gabi Kisker, Gemeinderätin



KLIMA UND WAS TUN WIR?

Die Wahlen sind vorbei, die Arbeit beginnt. Grün hat zwar gewonnen, dem Klima geht es aber immer noch nicht gut. Nachdem klar geworden ist, dass die Menschen in der Schweiz mehrheitlich finden, dass der Klimakatastrophe etwas entgegengesetzt werden muss, möchten wir unverzüglich damit beginnen. Und zwar organisieren wir am Donnerstag, 16. Januar 2020, von 19 bis ca. 22 Uhr, einen Workshop, der für alle offen ist (Ort: Mehrzweckraum SIG, Kasernenstr. 23 (Innenhof), 8004 Zürich).

Klimapolitische Schwerpunkte 2020

Wir werden euch kurz, mit Hilfe von drei Inputs, erläutern, was «die Politik» schon macht: Nationalrat Bastien Girod für den Bund, Kantonsrat Thomas Forrer für den Kanton und Gemeinderat Markus Kunz für die Stadt. Danach werden wir in Gruppen darüber nachdenken, was wir jenseits der Parlamente und Gesetze tun können und müssen: Aktionen, Kampagnen, Initiativen, Demos, Arbeitsgruppen, Artikel und so weiter. Am Schluss beschliessen wir, was wir verfolgen wollen, wo wir 2020 den Schwerpunkt setzen.

Bring deine Ideen ein

Viele neue und bisherige Mitglieder haben das Bedürfnis geäussert, sich konkret für die Klimapolitik in der Stadt Zürich einzusetzen. Privat und politisch. Darum ist das deine Chance, deine Ideen einzubringen und von Anfang an bei der Entwicklung einer Kampagne dabei zu sein. Nimm daher an unserem Workshop teil!

Es können alle kommen, die wollen. Die etwas tun wollen. Die das Thema ähnlich wichtig finden wie wir. Und dringend. Bitte meldet euch bis zum 6.1.2020 unter:

sekretariat@gruenezuerich.ch

■ Markus Kunz, Fraktionspräsident

BODYCAMs: WENIGER POLIZEIGEWALT ODER MEHR ÜBERWACHUNG?

Nach einer längeren Testphase möchte die Stadtpolizei Zürich die sogenannten Bodycams für Personenkontrollen in bestimmten Gebieten definitiv einführen. Die grüne Gemeinderatsfraktion ist sich nicht einig, ob das sinnvoll ist.



Pro: Gewalt vermeiden dank Bodycams

Die Bodycams sollen vor allem in den Kreisen 1, 4 und 5 und nur bei Personenkontrollen zum Einsatz kommen. Auch dort werden die Bodycam nur dann eingeschaltet, wenn eine Personenkontrolle ausser Kontrolle zu geraten droht. Die Einschaltung der Kamera wird der kontrollierten Person zuerst angekündigt und in der Testphase hat sich gezeigt, dass bereits die Ankündigung in sehr vielen Fällen deeskalierend wirkt und die Einschaltung unnötig macht. Mir ist es deutlich lieber, wenn die Polizei mit dem Einschalten einer Kamera droht als mit Schlagstock, Pfefferspray, schmerzhaften Griffen oder noch weitergehender Gewalt einschreitet.

Kommt hinzu, dass auch die kontrollierten Personen jederzeit die Einschaltung der Kamera verlangen können. So wird auch das Handeln der Polizei dokumentiert. Die Kamera soll im Einsatz nicht nur die kontrollierte Person, sondern auch die kontrollierende Person dokumentieren. Deshalb soll die kameratragende Person nach Möglichkeit nicht die Kontrolle führen.

Selbstverständlich kann und soll man das Handeln der Polizei kritisch betrachten. Das Gewaltmonopol der Polizei birgt ein grosses Missbrauchsrisiko. Die Polizei muss restriktiv damit umgehen und die Legislative muss klare Grenzen setzen. Aber gerade wenn wir einen möglichst restriktiven Einsatz von polizeilichen Zwangsmitteln wollen macht es Sinn, dass der Polizei gewaltarme Zwangsmittel wie die Bodycam zur Verfügung stehen.

Wir kämpfen selbstverständlich für weniger Racial Profiling, für mehr Möglichkeiten, einen legalen Aufenthaltsstatus zu erlangen und gegen die Kriminalisierung von leichten Drogen und Drogenkonsumenten. In der Zwischenzeit werden die Opfer der aktuellen Politik aber sicher lieber gefilmt als verprügelt.

■ Res Marti, Gemeinderat

Kontra: Nein zu immer mehr Überwachung

Wir haben das Jahr 2020: die Strassen Zürichs werden gefilmt. Private filmen Hauseingänge und Trottoirabschnit-

te, Einzelpersonen mit ihren Handys überall und ungefragt und die Polizei (teils verdeckt) ganze Quartiere. Damit nicht genug! Nun sollen die staatlichen Sicherheitskräfte auch noch eine Kamera auf der Brust montiert haben - eine sogenannte Bodycam.

Die Legitimation von Polizeiarbeit ist der Schutz der Bevölkerung. Wem Bodycams vor diesem Hintergrund dienen sollen, bleibt fraglich. Bodycams sollen bei Personenkontrollen und dort zum Einsatz kommen, wo in der Vergangenheit besonders häufig gewalttätige oder verbale Übergriffe begangen worden sind. Also in den Kreisen 1, 4 und 5. In diesen Kreisen praktiziert die Polizei heute ein offensichtliches Racial Profiling. Menschen, die aufgrund ihres Aussehens oft in Kontrollen geraten, sind oft migriert und haben oftmals schlechte Deutsch- und Rechtskenntnisse. Wie sollen diese Menschen während einer Kontrolle wissen, dass sie das Recht haben, das Einschalten der Kamera zu verlangen? Warum sollten sie im Falle, dass sie sich ohne Aufenthaltsbewilligung aufhalten, für das Einschalten der Kamera entscheiden, auch wenn gerade ein unrechtmässiger Übergriff stattfinden sollte?

Ganz allgemein wird die zu kontrollierende Person gefilmt, was den Fokus des Repressionsmittels Bodycam zeigt. Personenkontrollen sind in den allermeisten Fällen überflüssig. Sie sind meist auf Kleinkriminalität ausgelegt. Wären Drogen legalisiert, das Bleibe-recht für alle gewährt und die polizeiliche Arbeit seriös, bräuchte man diesen Kleinkram kaum. Bodycams stärken in Polizeifragen einmal mehr das Recht der Stärkeren über die Schwächeren. Dazu braucht es ein klares grünes Nein.

■ Elena Marti, Gemeinderätin

RÜCKENWIND FÜR DEN FUSS- UND VELOVERKEHR

Der öffentliche Stadtraum rund um den Bahnhof Winterthur wird seit 2012 in verschiedenen Etappen regelrecht umgepflügt: Im und um den Bahnhof sind grosse Veränderungen im Gange. Im Bereich der Strassenräume wurde und wird vor allem für den Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr investiert.

Zehntausende von Pendler*innen und Einkaufenden bewegen sich täglich zu Fuss, per Velo oder mit dem Bus auf diesem Areal. Bereits 2009 hatte das Parlament weitblickend und parteiübergreifend mit einem Rahmenkredit den Startschuss für die notwendigen Erneuerungen gegeben. Weitestgehend handelt es sich um Verbesserungen, die auch von den Grünen immer wieder eingebracht und unterstützt wurden. Diese werden nun Schritt für Schritt umgesetzt. In der Folge seien wichtige Teilprojekte kurz beschrieben, welche vor allem für den Fuss- und Veloverkehr von grossem Nutzen sind bzw. sein werden.

Separate Veloquerung unter den Gleisen sowie neue Parkieranlagen

Schon ab 1960 wurden Projektideen zu Ersterem diskutiert. Ausgerechnet die Velostadt Winterthur hatte hierfür lediglich zwei unattraktive Autounterführungen zu bieten, welche mehr schlecht als recht auch mit dem Velo benutzt werden konnten. Nachdem mehrere Anläufe scheiterten, gelang es der Stadt vor rund 10 Jahren endlich, gemeinsam mit den SBB eine gute und umsetzbare Lösung zu entwickeln. Spätestens 2023 sollen die ersten Nutzer*innen durch den neuen Velotunnel längs der Fussgängerquerung Nord fahren können. Die Fussgängerquerung selbst wird ebenfalls massiv ausgebaut und aufgewertet. Auf der Westseite des Bahnhofs entstehen gleichzeitig zwei völlig neue, zusätzliche Parkieranlagen für insgesamt rund tausend Velos (eine davon unterirdisch, direkt am Zugang zur Querung Nord). Querung und Parkierungsmöglichkeiten bilden wichtige Bausteine, um den seit längerem stagnierenden



Gesamtverkehrsanteil des umweltfreundlichen Velos wieder zu steigern.

Erweiterung der Fussgängerzone Altstadt nach Westen...

An der Rudolfstrasse und im angrenzenden Neuwiesenquartier, wo noch bis zur Jahrtausendwende der Autoverkehr dominierte, entstehen nun — ana-

log zur Altstadt auf der anderen Seite des Bahnhofes — verkehrsberuhigte Areale mit Priorität für den Fuss- und Veloverkehr. Ein Abschnitt ist bereits erstellt und verbindet das boomende Zentrumsgebiet Stadtmitte (ehemaliges Sulzerareal) endlich auch für Velos direkt mit dem Bahnhof, der Altstadt und dem Quartier Neuwiesen. Über



und neben der Unterführung Zürcherstrasse entstanden zwei neue, grosszügige Stadtplätze, die von der Bevölkerung bereits intensiv genutzt werden (->Bild). In der Verlängerung entlang den Gleisen wird neben den grosszügigen Abgängen in die Gleisquerungen ein als Begegnungszone ausgestalteter, neuer Stadtraum entstehen, der eine hohe Aufenthaltsqualität bieten will (->Visualisierung). Hier sind die Arbeiten (wegen Velostation und Querungen) noch in vollem Gange.

...und nach Norden

Auch auf der anderen Seite des Bahnhofs, an der Stadthausstrasse, kommt eine alte Forderung endlich in die Gänge. Die heute bereits bestehende, grosse zusammenhängende Fussgän-

gerzone Altstadt wird — wie das eine Initiative schon vor 50 Jahren gefordert hatte — künftig auch das Areal Stadthausstrasse und den Stadtgarten miteinbeziehen, zumindest nahezu! Die Strasse wird, als Kompromiss aufgrund der vielen Buslinien, zunächst zur Tempo-30-Zone, erhält aber das gleiche Verkehrsregime wie das angrenzende Altstadtareal: Autoparkplätze weg und keine allgemeine Durchfahrt mehr. Gestalterisch wird der Raum für Fussgänger aufgewertet. Velofahrer haben weiterhin ungehindert Zugang zu kleineren und grösseren Parkierungsanlagen, die es in diesem Raum zahlreich gibt.

■ Reto Diener, Gemeinderat und Co-Präsident Grüne Winterthur

GRÜNER ZWEIG DEINE IDEEN & PROJEKTE

Im Frühjahr 2019 wurde der Grüne Zweig auf Initiative von Mitgliedern der Grünen Stadt Zürich gegründet; anfänglich vor allem als Möglichkeit für Mitglieder, Ideen und Vorhaben einzubringen. Ein weiteres Ziel ist nun, Interessierte und Sympathisant*Innen – auch ausserhalb der Parteistrukturen – für Grüne Politik zu begeistern. Über Online-Inhalte wie Umwelt-Tipps, Stories und Events soll eine Offline-Community in Zürich etabliert werden, welche selbst politische Aktivitäten initiiert.

Du hast ein « grünes » Projekt, das du gerne umsetzen würdest, kennst eine Initiative, die man bekannt machen sollte oder willst auf eine Veranstaltung aufmerksam machen? Dann schau rein oder melde dich unverbindlich bei uns:

Instagram: [gruener_zweig](#)

Facebook: [Gruener Zweig](#)

Kontakt:

Sophie Kreutzberg
> s.kreutzberg@gruenezuerich.ch

Jonas Dennler
> jonas.dennler@gmail.com

■ Sophie Kreutzberg, Geschäftsführerin Grüne Stadt Zürich

**GRUENER
ZWEIG**

GRÜNE DIELSDORF NEUES PRÄSIDIUM

Nach mehr als 15 Jahren tritt im Februar Röbi Brunner aus dem Kantonsrat zurück. Seine Nachfolge tritt Wilma Willi (Windlach) an. Sie war 16 Jahre lang Synodalin der reformierten Kirche und kennt sich im Rathaus bereits bestens aus. Zudem ist sie Präsidentin des Natur- und Vogelschutzvereins Stadel – auch Birdlife Zürich ist also wieder bestens im Kantonsrat vertreten.

Wilma Willi wurde gemeinsam mit Gabi Reiss (Niederweningen) zudem von der Generalversammlung der Grünen Bezirk Dielsdorf als neues Co-Präsidium gewählt. Gabi Reiss, die neu auch im kantonalen Vorstand mitwirkt, war lange Präsidentin eines Samaritervereins und in den vergangenen Jahren sehr aktiv bei den Grünen Dielsdorf.

Eberhard Walther (Boppelsen) übernimmt von Doris Haab die Kasse, Röbi Brunner (Steinmaur) macht den Aktuar und Roman Dähler (Bachs) ergänzt uns bestens.

■ Röbi Brunner, Grüne Bezirk Dielsdorf



Wilma Willi



Gabi Reiss

UFE MIT DE KLIMAZIEL ABE MIT DEM CO2

An der nationalen Klimademo vom 28. September 2019 in Bern waren so viele Menschen fürs Klima auf der Strasse, wie die Schweiz noch nie gesehen hat. Die Demo war der vorläufige Höhepunkt nach einer Vielzahl von landesweiten und lokalen Klimademos, die das Jahr 2019 zum Jahr der Klimabewegung gemacht haben.

Klimademos haben viel erreicht

Es ist klar, dass es nicht ausreicht, einzig auf der Strasse zu stehen und «Ufe mit de Klimaziel, abe mit em CO2!» zu rufen. Die Demos haben aber einen wichtigen Beitrag geleistet, dass das Thema Klimaschutz endlich auf der politischen Agenda weit nach vorne gerückt ist. Dort, wo es hingehört. Hohe Dringlichkeit.

Ein besonderes Highlight war es, in meiner Wohnortgemeinde an einer Klimademo dabei zu sein. Ich wurde angefragt, im Namen der Klimaeltern, bei welchen ich Mitglied bin, eine Rede zu halten. In Affoltern kamen zwar dann nicht grad Tausende. Zehn Minuten vor dem Start waren wir nur zu zehnt. Aber dann strömten doch noch viele Menschen dazu und am Ende waren wir beachtliche 180 Personen.

Es fasziniert mich sehr, dass es gelingt, so viele Menschen, vorwiegend Junge, zu mobilisieren. Es berührt mich, in einer Menschenmenge zu stehen mit

ganz vielen Menschen, die sich für das gleiche Anliegen stark machen – den Erhalt unseres Planeten und den Schutz des Klimas. Alle Generationen sind vertreten. Das verbindet. Im Alltag fühlt man sich manchmal recht allein mit der Sorge um die Zukunft unserer



Erde. Als Teil des Demonstrationzuges wird einem hingegen bewusst, wie viele andere Menschen mit einem zusammen diese Sorge teilen. Da fühlt man sich dann so richtig verstanden. Das tut gut und ermutigt, dran zu bleiben und sich weiterhin zu engagieren.

Aktiv bleiben

Die Wahlen sind durch und waren für uns Grüne sehr erfolgreich. Die ökologischen Kräfte in den Par-

lamenten wurden deutlich gestärkt. Die konkrete Arbeit für eine ambitioniertere Klimapolitik beginnt aber erst. Den Druck von der Strasse braucht es jetzt um so mehr. Lasst uns alle aktiv bleiben, damit wir im 2020 endlich mit verbindlichen Massnahmen vorwärts machen können.

■ Lilian Hurschler, Grüne Bezirk Affoltern

GRÜNE BÜLACH

BODENINITIATIVE EINGEREICHT

Die Erkenntnis, dass die Gemeinden ihr Land nicht verscherbeln dürfen, breitet sich weiter aus. Die Bülacher Grünen haben nun mit Unterstützung der EVP und der SP am 19. November die Volksinitiative «Boden für die kommenden Generationen» eingereicht.

Die Grundstücke der Stadt Bülach gehören den Bülacherinnen und Bülachern: Das soll auch so bleiben! Auch Land, das heute nicht unmittelbar für städtische Aufgaben verwendet wird, kann morgen unentbehrlich sein: zum Beispiel für Schulen, Freizeitanlagen, Infrastrukturprojekte oder Bedürfnisse, von denen wir bisher noch nichts wissen. Gemeinden, die bisher eine aktive Bodenpolitik betrieben haben, sind zudem auch bei der Standortförderung im Vorteil. Mehr Gestaltungsspielraum und eine starke Verhandlungsposition für das Bülach von morgen: Das sind die Ziele der Initiative «Boden für die kommenden Generationen».

Kommunales Land nicht dem kurzfristigen Profit opfern

In den nächsten Jahren stehen in

Bülach hohe Investitionen an. Die Gefahr, dass der kommunale Grundbesitz dem Bestreben geopfert wird, einen ausgeglichenen Haushalt bei möglichst niedrigem Steuerfuss zu erreichen, ist darum derzeit sehr real. Der Verlust wäre von Dauer, insbesondere was das Bauland betrifft, denn Neueinzonungen sind heute zu Recht kaum mehr möglich. Spätere Generationen müssten daher für die kurzfristige Politik von heute büssen.

Unterschriftensammlung in Rekordzeit

Um eine möglichst breite Abstützung zu erreichen, haben die Grünen Bülach diese Volksinitiative zusammen mit der EVP und der SP lanciert. Bei der Unterschriftensammlung zeigte sich, dass das Anliegen bei der Bevölkerung auf grosse Zustimmung stösst. Und so

konnten in weniger als der Hälfte der verfügbaren Zeit fast anderthalb Mal soviel Unterschriften wie nötig gesammelt werden.

Schnelles Handeln dank mehrheitsfähiger Initiative

Bülach konnte sich die Erfahrungen der Grünen anderer Gemeinden zunutze machen, um einen möglichst mehrheitsfähigen Text zu formulieren, der in besonderen Fällen auch einzelne Ausnahmen zulässt. So besteht die Hoffnung, nicht übermässig viel Zeit mit der Diskussion eines möglichen Gegenvorschlags zu verlieren. Denn je früher wir den städtischen Bodenbesitz schützen, desto mehr gibt es überhaupt noch, was geschützt werden kann.

■ Claudia Forni, Mitglied des Initiativkomitees, Gemeinderatspräsidentin Bülach



GRÜNE ADLISWIL BODENINITIATIVE

In Adliswil kommt am 9. Februar 2020 die Volksinitiative « Boden behalten – Adliswil nachhaltig gestalten » zur Abstimmung, welche die Grünen gemeinsam mit der SP lanciert haben.



Die Volksinitiative verlangt, dass stadteigenes Bauland nur im Baurecht abgegeben und nicht verkauft wird. So soll sichergestellt werden, dass auch

künftige Generationen noch über Bauland verfügen können.

Dies ist wichtig, damit die Bewohner*innen auch in Zukunft über die Gestaltung der Stadt und die Verwendung des Landes mitbestimmen können.

Bauland ist ein rares Gut, das in Zukunft noch knapper werden wird. Denn Einzonungen sind zum Glück nicht mehr einfach so möglich.

Die Volksinitiative findet neben den erwarteten Gegner*innen auch viel Zustimmung quer durch die Bevölkerung, sind die vielen Landverkäufe in Adliswil doch schon seit Längerem ein viel diskutiertes Politikum.

■ Marianne Oswald, Grüne Adliswil

GRÜNER GEMEINDERAT FÜR KILCHBERG

Mitten in der Legislatur sind in Kilchberg zwei Gemeinderäte zurückgetreten. Nun bewerben sich zwei Frauen und zwei Männer für eines der beiden Ämter in der siebenköpfigen Exekutive.

Die Grünen treten mit dem 49-jährigen Mitsch Kaufmann an. Er ist im Bezirk Horgen aufgewachsen und wohnt seit 16 Jahren in Kilchberg. 2010 wurde er in die Sozialkommission gewählt und zwei Mal bestätigt. Zusätzlich engagiert er sich seit fünf Jahren in der Krippen- und Hortkommission. Der diplomierte Sozialpädagoge arbeitet als Behördenmitglied in einer Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde. Dadurch verfügt er über vertiefte fachliche und politische Kenntnisse des Sozialwesens sowie der Sorgen und Nöte der Bevölkerung.

Wird Kilchberg mit Mitsch Kaufmann ein Mitglied der Grünen in den Gemeinderat wählen? Am 9. Februar 2020 werden wir es wissen.

■ Reto Planta, Vorstand Grüne Kilchberg



Gemeinderatskandidat der Grünen Kilchberg: Mitsch Kaufmann

GRÜNE GEDANKEN

...gibt es einmal pro Woche auch im

P.S., der linken Zürcher Zeitung.

Jetzt abonnieren und Medienvielfalt sichern.

Weitere Infos unter
> www.ps-zeitung.ch

VON GEQUETSCHTEN ZEHEN UND EINTRITTSTICKETS FÜR DEN NOTFALL

Wer die Notfallstation eines Spitals aufsucht, soll künftig 50 Franken zahlen müssen – dieser parlamentarischen Initiative stimmte der Nationalrat zu. Tut der Ständerat dies auch, so wird eine rechtliche Grundlage für Kantone wie Zürich geschaffen.

Freitagabend in der Spätschicht auf der überfüllten Notfallstation: Während andere ihren Feierabend genießen, komme ich der Arbeit kaum nach. Gerade ist ein junger Mann nach einem Brandunfall gebracht worden. Soeben traf eine 50-Jährige mit einem Herzinfarkt ein. Daneben ein weiterer Patient, er hat sich den Zeh gequetscht.

Steigende Patient*innenzahlen

Was sich im ersten Moment wie ein Einzelfall anhört, ist landesweit Realität. Die Notfallstationen verzeichnen steigende Patient*innenzahlen. Darunter auch Bagatellfälle, wie der letzte Patient, die genauso gut am nächsten Tag bei der Hausärztin behandelt hätten werden könnten.

Der politische Sprengstoff dabei? Die Behandlung im Notfall ist um ein Vielfaches kostspieliger als in der Hausarztpraxis. Die GLP will dieses

Problem lösen, indem für das Aufsuchen des Notfalls eine Gebühr von 50 Franken erhoben wird. Keine Gebühr bezahlen müssten Patient*innen unter 16 Jahren, mit ärztlicher Zuweisung oder nachfolgender stationärer Behandlung. Gegen den Vorschlag stellen sich Gesundheitsökonom*innen, linke Politiker*innen, Patientenschützer*innen und auch Spitäler.

Höhere Gebühren verschärfen Probleme

Die Wirkung ist hoch umstritten. Wer es sich leisten kann, der nimmt die Gebühr einfach in Kauf. Es ist bereits heute bekannt, dass wenig Verdienende tendenziell später ins Spital gehen, da sie sich den Besuch zwei Mal überlegen. Diese neue Gebühr könnte dieses Problem noch verschärfen. Sie würde genau diejenigen Menschen belasten, die wenig Geld haben, schon älter oder chronisch krank sind. Der Zugang zur

medizinischen Versorgung für Alle würde so untergraben. Es könnte sogar zu höheren Kosten führen, wenn sich jemand nicht getraut, auf den Notfall zu gehen. Eine spätere Behandlung ist in der Regel immer teurer.

Eine weitere Kritik ist der administrative Aufwand zur Durchsetzung dieses Vorschlages, der nicht im Verhältnis zur Gebühr steht. Die Spitäler müssten jeweils entscheiden, ob ein Fall ein Bagatellfall ist oder nicht und gegebenenfalls eine Rechnung stellen.

Auch der Blick ins Ausland kann sich lohnen: Im Jahr 2004 führte Deutschland eine Praxisgebühr von 10 Euro ein. So wollte man den starken Anstieg der Arztbesuche bremsen. 8 Jahre später wurde sie wieder abgeschafft: mangels Effekt und wegen aufwändiger Bürokratie.

Integrierte Notfallpraxis als Lösung

Die bewährte Lösung haben viele Spitäler längst selbst gefunden: die Integration einer mit einer Hausarztpraxis vergleichbaren Notfallpraxis neben der klassischen Notfallstation. Bei Aufsuchung des Notfalls erfolgt eine Triage: Weniger dringende Fälle werden in die Notfallpraxis weitergeschickt. Solche Systeme bringen erwiesenermassen eine Entlastung, im Kanton Zürich beispielsweise im Spital Uster oder im Waidspital.

Eines der Hauptprobleme in der medizinischen Versorgung in der Schweiz liegt beim Mangel an Hausärzt*innen. Nachhaltige Politik wäre hier anzupacken.

■ Anika Brunner,
Vorstand Junge Grüne Zürich &
Studentin Pflege



GRÜNE TERMINE

GRÜNE KANTON ZÜRICH

10. Januar 2020, 18:30 Uhr

Neumitglieder-Treffen

Die perfekte Gelegenheit für alle Neumitglieder

Ort wird noch bekannt gegeben.

10. Januar 2020, ab 19:30 Uhr

Neujahrs-Apéro

Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen.

Ort wird noch bekannt gegeben

GRÜNE STADT ZÜRICH

6. Januar 2020, 19:00 Uhr

3-Königs-Apéro

Anmeldung bis zum 19. Dezember 2019:
sekretariat@gruenezuerich.ch, Cabaret
Voltaire, Spiegelgasse 1, 8001 Zürich

13. Januar 2020, ab 18:30 Uhr

Zürich gestalten!

Diskussionsveranstaltung zum neuen kommunalen Richtplan für Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen sowie den kommunalen Verkehrsplan

Ort: Haus Bellerive, Höschgasse 3, 8008 Zürich

16. Januar 2020, 19:00 Uhr

Klima-Workshop

Klimapolitik konkret: Deine Chance, deine Ideen einzubringen und bei der Kampagnenentwicklung dabei zu sein.
Ort: Mehrzweckraum SIG, Kasernenstr. 23 (Innenhof), 8004 Zürich

6. März 2020, ab 19:30 Uhr

Films for Future, Global Thermostat

Karl der Grosse, Kirchgasse 14, 8001 Zürich

GRÜNE WINTERTHUR

9. Januar 2020, 19:30-21:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Kirchgemeindehaus, Liebestrasse 3, 8400 Winterthur

29. Februar 2020

Themen-Workshop

Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben

2. April 2020, 19:30-21:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Kirchgemeindehaus, Liebestrasse 3, 8400 Winterthur

29. Mai 2020, 19:30-21:30 Uhr

Jahresversammlung

Kirchgemeindehaus, Liebestrasse 3, 8400 Winterthur

GRÜNE BEZIRK DIELSDORF

25. Januar 2020, 10:00-12:00 Uhr

Flyeraktion «Rosengarten-Unsinn NEIN»

Niederhasli

GRÜNE WALD

8. Januar 2020, 19:30 Uhr

GrüneWalder Parteihöck

Bei Kathrin & Markus, Eschenstrasse 11, 8636 Wald

GRÜNE WÄDENSWIL

17. Januar 2020, 19:00 Uhr

Fondue-Essen

Freizeitanlage Untermosen, Wädenswil, Anmeldung bei Hanspeter Saxer unter hpsaxer@gmx.net

JUNGE GRÜNE

14. Januar 2020, 19:00 Uhr

Stammtisch

Ambossrampe, Zollstrasse 80, 8005 Zürich

24. Januar 2020, 19:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Wahl des neuen Co-Präsidiums. Ort wird noch bekannt gegeben

11. Februar 2020, 19:00 Uhr

Stammtisch

Ambossrampe, Zollstrasse 80, 8005 Zürich

10. März 2020, 19:00 Uhr

Stammtisch

Ambossrampe, Zollstrasse 80, 8005 Zürich

ALLE VERANSTALTUNGEN

gruene-zh.ch/veranstaltungen

PAROLENSPIEGEL

9. FEBRUAR 2020

Kantonale Vorlagen

NEIN Rosengartenprojekt

NEIN Mittelstandsinitiative

JA Entlastungsinitiative

SF Taxigesetz

Eidgenössische Vorlagen

JA Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung)

JA Volksinitiative « Mehr bezahlbare Wohnungen »

gruene-zh.ch/abstimmungen